

1) Ihre Position:

Sofortige Aufnahme, auch wenn die Kopenhagener Kriterien noch nicht erfüllt sind – ja, nein? Wie lautet Ihre Position zur Forderung, alle Länder des Westbalkans (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien) gemeinsam in die Europäische Union aufzunehmen? Warum stimmen Sie zu/welche Gründe sprechen Ihrer Meinung nach dagegen? (1000-2000 Zeichen, inkl. Leerzeichen)

Für die Westbalkan-Länder muss das gelten, was für alle bisherigen Beitrittsländer auch gegolten hat: Ihre Rechtsrahmen müssen ausreichend an den der EU angenähert werden. Solange die „Kopenhagener Kriterien“ nicht erfüllt sind, sollte keine Aufnahme erfolgen, denn diese stellen aus gutem Grund unverzichtbare Beitrittserfordernisse dar.

Allerdings gibt es bei den jetzigen Verhandlungen eine wesentliche positive Neuerung: Bei den vorherigen Erweiterungsrounds wurde ein Policy-Kapitel nach dem anderen abgeschlossen, sobald der jeweilige Bereich ausreichend angenähert war. Der neue Mechanismus verlangt nun, dass das Grundrechte-Kapitel durchgehend geöffnet bleibt, um bei Rückschritten in Grundwerte-Fragen jederzeit die „Notbremse“ ziehen zu können, d.h. dass auch Schritte revidiert werden könnten, sollte sich das als notwendig zeigen.

Staaten, die Teil der Europäischen Gemeinschaft werden wollen, müssen auf allen rechtlichen und politischen Ebenen die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte - wie in Art. 2 des Lissabonner Vertrags festgelegt - respektieren. Erst wenn sie alle Voraussetzungen nachhaltig erfüllen, können sie Teil unserer Gemeinschaft werden.

Aktuell werden die Erweiterungsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien in einem Rahmen geführt. Ein ganzheitlicher Ansatz würde allerdings den gesamten Westbalkan umfassen. Dafür sind aber die Verhandlungen mE zu weit fortgeschritten und die Staaten haben auch zu unterschiedliche Voraussetzungen, um ihren Beitritt als ein Paket zu verhandeln zu können. Daher erscheint es als unrealistisch, dass es tatsächlich zu einer gleichzeitigen Aufnahme aller sechs Staaten kommen kann. Natürlich böte der Ansatz, dass alle Länder des Westbalkans diesen Weg gemeinsam gehen, die Möglichkeit, dass die Kohäsion zwischen den Staaten untereinander gestärkt werden könnte. Sollte so ein ganzheitlicher Ansatz allerdings misslingen - und die Gefahr dafür ist da, so komplex wie die

Lage ist - wäre dies eine vergebene Chance und nicht absehbar, wie dies wieder wett zu machen wäre.

An der EU liegt es jedenfalls, ihre Versprechungen einzuhalten, sobald die im Vorfeld gestellten Bedingungen dafür erfüllt sind. Denn die „Karotte“ des EU-Beitritts wird einzelnen Staaten nun schon so lange vorne weggetragen, sie kurz vorher davor immer wieder wegzuziehen zermürbt auf Dauer. Und es kann nicht im Sinne der EU sein, dass sich Staaten wieder von der EU entfernen, weil sie zu lange hingehalten werden.

2) Ihre Vision:

Welche Zukunftsaussichten sehen Sie für die Länder des Westbalkans? Welchen Beitrag können die Länder für die EU leisten? Bitte formulieren Sie Ihre persönliche Botschaft an die Region! (1000-2000 Zeichen, inkl. Leerzeichen)

Die Zukunft aller Westbalkan-Staaten sehe ich auf alle Fälle in der Europäischen Union. Der große wirtschaftliche Nutzen - und zwar für alle Beteiligten, auch für die EU insgesamt - ist dabei allen Beteiligten klar.

Die Aufnahme der Westbalkanstaaten ist auch der nächste logische Schritt im Sinne einer geografischen Erweiterung. Die EU wächst als eigenständiger geopolitischer Akteur und verhindert durch diese „Vervollständigung“ - als die sehe ich es - dass sich Teile Europas von der Union abwenden und sich nicht an China, Russland oder den arabischen Raum binden.

Wichtig wäre es in meinen Augen allerdings, endlich diesen rein nutzenfokussierten Ansatz zu erweitern um die Frage nach dem europäischen gesamtgesellschaftlichem Nutzen. In diesem Sinne richte ich meine Botschaft sowohl an die Region des Westbalkan als auch an uns als bestehende EU: Damit sich nicht nur die Rechtsrahmen einander annähern, sondern auch die Menschen mit ihren Wertgefügen zusammenrücken können, braucht es Möglichkeiten der Begegnung und Partizipation auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

Genau dafür gibt es auch schon positive Beispiele: Aktuell können beispielsweise junge Serbier*innen und Nordmazedonier*innen bereits am Erasmus-Programm teilnehmen, eine

ganz wichtige Ressource des Zusammenwachsens, die den nächsten Generationen damit geboten wird. Denn gerade für die Westbalkan-Staaten ist der Austausch nicht nur zwischen der EU und den jeweiligen Staaten notwendig, sondern wegen der jüngeren Geschichte auch zwischen den sechs Staaten untereinander essentiell. Diese historische Aufarbeitung muss im Sinne einer nachhaltigen Friedenssicherung eine wichtige Rolle spielen und gut begleitet werden.

3) Ihr Handlungsspielraum:

Welche konkreten Aktivitäten und Initiativen setzen Sie bzw. planen Sie, um Ihre Positionen hinsichtlich der Westbalkan-Länder auf EU-Ebene zu vertreten? Welche Rolle nehmen Sie persönlich dabei ein? Welche Kontakte in die Region haben Sie? (1000-2000 Zeichen, inkl. Leerzeichen)

Als Vize-Vorsitzende der Albanien-Delegation im Europaparlament liegt mein Fokus auf diesem Land - ich stehe mit der Albanischen Politik und Zivilgesellschaft in Kontakt und Austausch. Ich habe aktiv die letzten Wahlen in diesem Land verfolgt und in Österreich auch öffentlich kommentiert. In diesem Zusammenhang habe ich meine Zuversicht betont, dass die Reformbestrebungen weiter geführt werden und Albanien weiter an die EU und an den EU-Rechtsrahmen herangeführt werden wird.

Als Europäisches Parlament veranstalten wir auch interparlamentarische Konferenzen direkt in und mit den Regionen und tauschen uns mit Abgeordneten aus den jeweiligen Parlamenten aus.

Regelmäßiger gesellschaftlicher Austausch ist definitiv das wichtigste, um einander besser kennenzulernen und unsere Nachbarn, die natürlich Teil Europas sind, besser kennen und verstehen zu lernen. Wir müssen heute erkennen, dass dieser intensive Austausch auch mit den osteuropäischen Ländern dringend notwendig gewesen wäre - vielleicht hätte uns die eine oder andere negative Entwicklung, die wir heute gewärtigen müssen, erspart bleiben können. Positiv ist daher, dass gerade Österreich besonders viele Dialogplattformen für Westbalkanprojekte bietet. Es wäre ein Ansatz, dies auch auf andere EU-Länder auszuweiten.

Gleichzeitig übersehen auch noch viele Chancen wenn man bedenkt, welche geringe Rolle zum Beispiel die Sprachen Albanisch, Bosnisch oder auch Serbisch im unserem Schul-Unterricht spielen. Warum nicht auch stark vermehrt Sprachen des Westbalkan als Wahlpflichtfächer an europäischen Schulen oder als Studienrichtungen anbieten?

Und ein letzter Gedanke: Gerade jetzt, wo wir uns über die Zukunft der EU Gedanken machen, sollten unsere zukünftigen Partner auch dazu eingeladen werden, aktiv an der notwendigen Neugestaltung teilzunehmen und ihre Ideen für eine weitere Demokratisierung der Europäischen Union einzureichen. Denn Partizipation schafft Verantwortung.

TEXT ENDE